

Handelsblatt online vom 24.06.2021

Finanzen
Banken + Versicherungen
Banken
Tarifverhandlungen

Öffentliche Banken sind offen für Gespräche über Homeoffice-Anspruch

Die Arbeitgeber sind bereit, über mobiles Arbeiten als Teil eines Gesamtpakets zu verhandeln. Bei anderen Themen zeichnen sich Konflikte mit den Gewerkschaften ab.

Die öffentlichen Banken haben sich zum Start der Tarifverhandlungen offen für Gespräche über einen festgeschriebenen Anspruch auf Homeoffice für ihre Mitarbeiter gezeigt. Es gebe dazu von den Arbeitgebern 'kein kategorisches Nein', sagte Gunar Feth, der Verhandlungsführer der öffentlichen Banken, am Donnerstag.

Alle Banken hätten in der Coronakrise kurzfristig das Arbeiten von zu Hause ermöglicht. Nun gehe es darum, dauerhafte Lösungen für die nächste Dekade zu finden. Dazu müssten die Tarifsysteme modernisiert und arbeitsrechtliche sowie datenschutzrechtliche Themen geklärt werden. Im Rahmen eines Gesamtpakets könne mobiles Arbeiten dann ein modernes Element sein.

Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi fordert, dass Bankbeschäftigte künftig einen Anspruch auf 60 Prozent Homeoffice haben und zudem eine einmalige Ausstattungspauschale von 1500 Euro erhalten. Der Deutsche Bankangestellten-Verband (DBV) macht sich für zwei bis drei Tage Homeoffice pro Woche stark.

'Dass die Arbeitgeber unsere Forderungen nicht pauschal zurückgewiesen, sondern viele interessierte Nachfragen gestellt haben, stimmt mich positiv', sagte DBV-Verhandlungsführer Stephan Szukalski dem Handelsblatt. Auch sein Verdi-Kollege Jan Duscheck äußerte sich verhalten optimistisch. Die öffentlichen Banken hätten beim Auftakt der Tarifverhandlungen am Mittwoch zwar keinerlei konkrete Zusagen zum Arbeiten von zu Hause gegeben, sagt er. 'Dass die Arbeitgeber bei dem Thema gesprächsbereit sind, ist jedoch ein positives Signal.'

Die Tarifverhandlungen für die öffentlichen und privaten Banken werden erstmals seit den 1970er-Jahren wieder getrennt geführt. Die Geschäftsmodelle seien mittlerweile so verschieden, dass eine Trennung sinnvoll sei, sagte Feth, der Vizechef der SaarLB ist. 'In der Vergangenheit haben wir uns oft auf den kleinsten gemeinsamen Nenner geeinigt. Das soll nun anders laufen.'

Die ersten Gespräche über einen neuen Tarifvertrag für die rund 60.000 Beschäftigten der öffentlichen Banken liefen Beteiligten zufolge konstruktiver und weniger emotional ab als bei vorangegangenen Runden. 'Ich finde es erfrischend, dass der Arbeitgeberverband zu Beginn der Verhandlungen alle Karten auf den Tisch gelegt hat, auch wenn wir bei einigen Punkten natürlich unterschiedlicher Ansicht sind und sicher nicht alle Vorschläge aufnehmen werden', sagte DBV-Verhandlungsführer Szukalski.

Verdi vermisst Aussagen zu Gehaltsforderungen

Unstrittig sei jedoch, dass das Vergütungssystem überarbeitet werden müsse, denn es stamme noch aus den 1960er-Jahren. 'Manche darin beschriebenen Stellen gibt es schon lange nicht mehr, viele moderne Berufsbilder sind dagegen nicht erfasst', betont Szukalski.

Verdi-Verhandlungsführer Duscheck findet es positiv, dass die öffentlichen Banken 'den Tarifvertrag nicht nur verwalten, sondern modernisieren wollen. Manche Ideen wie die Ausweitung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen lehnen wir jedoch strikt ab.' Auch der Nachtzuschlag

/// // .

zwischen 20 Uhr abends und sechs Uhr morgens sei für Verdi nicht verhandelbar.

'Enttäuschend war, dass sich der Arbeitgeberverband überhaupt nicht zu unseren Gehaltsforderungen geäußert hat', sagte Duscheck. 'Hier erwarten wir in der zweiten Verhandlungsrunde Ende September klare Aussagen.' Verdi fordert 4,5 Prozent mehr Gehalt, der DBV 4,8 Prozent sowie die Verkürzung der Wochenarbeitszeit um eine Stunde auf 38 Stunden.

Der Verband öffentlicher Banken (VÖB), zu dem unter anderem die Landesbanken, einige Sparkassen und die Fondsgesellschaft Deka gehören, will sich zum Thema Gehalt erst im Rahmen eines Gesamtpakets äußern. Große Zuwächse hält VÖB-Verhandlungsführer Feth aber nicht für angemessen. 'Wir werden einen Gehaltsabschluss mit Augenmaß brauchen, um die Zukunft finanzieren zu können', sagte er.

Privatbanken lehnen branchenweite Homeoffice-Regeln ab

Die Tarifgespräche für rund 140.000 Mitarbeiter der privaten Banken starten am kommenden Donnerstag. Die privaten Bankarbeitgeber, die im AGV Banken zusammengeschlossen sind, haben die Lohnforderungen der Gewerkschaften bereits vorab zurückgewiesen.

'Die Banken bleiben auf Jahre hinaus auf der Kosten- und der Ertragsseite unter Druck, und wir haben es zurzeit mit so vielen Risiken und Unsicherheiten zu tun wie lange nicht', sagte AGV-Verhandlungsführerin und Commerzbank-Vorständin Sabine Schmittroth. 'In dieser Situation ist strikte Kostendisziplin das oberste Gebot.'

Auch einen tarifrechtlichen Anspruch auf Homeoffice lehnen die privaten Banken ab. Sie argumentieren, die Gestaltung von mobiler Arbeit erfordere eine differenzierte Herangehensweise, die je nach Geschäftsmodell, Arbeitsorganisation und Unternehmenskultur unterschiedlich sei. Deshalb solle das Thema auf Betriebsebene geregelt werden und nicht in einem branchenweiten Tarifvertrag.

/// Mehr: // .

Verdi fordert für Banker Anspruch auf drei Tage Homeoffice pro Woche

*Kröner, Andreas
Frankfurt*

Quelle: Handelsblatt online vom 24.06.2021

Rubrik: Finanzen
Banken + Versicherungen
Banken

Dokumentnummer: HB 27358282

Dauerhafte Adresse des Dokuments: https://archiv.handelsblatt.com/document/HBON__HB%2027358282

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH - Zum Erwerb weitergehender Rechte:
nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH